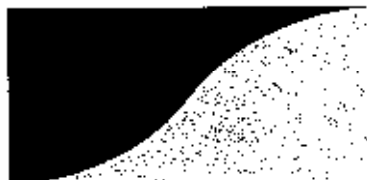


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 0886846 ppbn d



Inhalt

Horst Jungmann MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, zum Fall Wörner: Kohl muß handeln.
Seite 1

Horst Peter MdB kommentiert den bundesdeutschen "Blomberg-Fritsch-Skandal": Ein Schlüsselerlebnis für Demokraten.
Seite 3

Peter Würtz MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, fordert eine materielle Besserstellung der Soldaten: Solderhöhung, Beitrag zu mehr Wehrgerechtigkeit.
Seite 5

Dokumentation
Westeuropäische Parlamentarier appellieren an US-Kollegen: Kein Geld für CIA-Aktion gegen Nicaragua.
Seite 7

39. Jahrgang / 14

19. Januar 1984

Nicht aussitzen, handeln, Herr Bundeskanzler!

Der Fall Wörner muß schnell abgeschlossen, der Schaden für die Bundeswehr begrenzt werden

Von Horst Jungmann MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die gestrige Sitzung des Verteidigungsausschusses hat weder Klarheit noch neue Fakten über die Versetzung General Kießlings in den einstweiligen Ruhestand gebracht. Selbst aus der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission, deren Ende noch aussteht, wird nach meiner Einschätzung keine Aufklärung zu erwarten sein.

Bundeskanzler Kohl hat in der vergangenen Woche Verteidigungsminister Wörner aufgefordert, alle Fakten auf den Tisch zu legen, damit die Angelegenheit schnell gelöst wird. Der Schaden, der durch das Verhalten des Verteidigungsministers für die Bundeswehr, aber auch für General Kießling und das Ansehen der Bundeswehr im Bündnis entstanden ist, kann nur noch begrenzt werden.

Wörner hat sich in der Sitzung des Verteidigungsausschusses in Widersprüche verwickelt und den Rückzug angetreten. Er versuchte, Begründungen nachzuschieben und legte angeblich neue Erkenntnisse auf den Tisch, indem er vier Kölner Kriminalbeamte im Ausschuß berichten lassen wollte. Für

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



die Entscheidung, General Kießling am 31. Dezember 1983 in den Ruhestand zu versetzen, können jedoch nur die am 6. Dezember 1983 im MAD-Bericht vorhandenen Fakten relevant sein. Schon dieser Bericht des MAD strotzt vor falschen Behauptungen. Obwohl bis zum 14. Januar 1984 kein offizielles Ersuchen um Amtshilfe an die nordrhein-westfälische Polizei ergangen ist, stützt sich dieser Bericht auf Ermittlungen des Landeskriminalamtes in Düsseldorf. Wie wir heute wissen, und das hat der Minister auch im Ausschuß zugegeben, war das Landeskriminalamt überhaupt nicht in die Ermittlungen eingeschaltet.

Wörner behauptet heute, daß er Kießling unverzüglich entlassen mußte, weil er zu einem Sicherheitsrisiko geworden sei. Diese Tatsache begründete er wiederum damit, daß General Kießling "in einem bestimmten Milieu" verkehrt habe. Kießling konnte gar kein Sicherheitsrisiko mehr sein, weil er durch eine Vereinbarung mit dem Bundesminister vom 15. September 1983 seinen Dienst als stellvertretender Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa nicht mehr ausübte. Ein Entzug der Sicherheitsbescheide, der nach Aussagen Wörners notwendig geworden sei, begründet grundsätzlich nicht die sofortige Entlassung aus dem Dienst, sondern das Verbot der Ausübung auf einem sicherheitsrelevanten Dienstposten. Die Entlassung zum 31. Dezember 1983 war von daher gesehen nicht zwingend, zumal Kießling aufgrund der Vereinbarung vom 15. September 1983 mit dem Bundesminister für drei Monate durch einen Arzt des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg dienstunfähig geschrieben worden war. So gesehen scheidet auch der Grund "Sicherheitsrisiko", auf den sich Wörner jetzt zurückziehen will, aus.

Alles was bis heute an Fakten bekannt ist, verstärkt den Eindruck, daß Bundesminister Wörner unüberlegt und unter Verletzung der Fürsorgepflicht gehandelt hat. Jeder andere Disziplinarvorgesetzte - und Wörner ist der höchste - wäre zur Verantwortung gezogen worden. Um das Vertrauen der Bundeswehr in den Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Friedenszeiten wieder herzustellen und Schaden von der Bundeswehr abzuwenden, wäre Herr Kohl gut beraten, wenn er diese Angelegenheit nicht durch "Aussitzen", sondern durch Handeln zum Abschluß bringen würde.

(-/19.1.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Schlüsselerlebnis für Demokraten

Anmerkungen zum bundesdeutschen "Blomberg-Fritsch-Skandal"

Von Horst Peter MdB

Wir sind von konservativen Regierungen in aller Welt gewohnt, daß sie wie ein alter Panzer von Skandal zu Skandal rasseln. Die Vermengung einer politischen Intrige mit persönlichen kommerziellen Interessen ist ja ein Kennzeichen des Konservatismus.

Wen wundert es da noch, daß auch die Regierung Dr. Kohl skandalträchtig ist. Geißler und Zimmermann, die schon in der Geburtsstunde dieser Regierung skandalträchtig waren, bleiben weiterhin aktiv: Mietenlüge, unanständiger Deutscher, Auschwitz, Achternbusch, Kemal Altun, Hartling, Moskaus 5. Kolonne. Dieses Gespann wurde durch "Flick"-Lambsdorff und den Dauerskandalisten Schwarz-Schilling zum Quartett aufgestockt.

Nun erwischte die Öffentlichkeit auch den Minister, der sich am Jahresende noch rühmte, sein Ministerium aus den Schlagzeilen herausgebracht zu haben. Nun ist er selbst in den Schlagzeilen. Er wartete am Jahresanfang mit der obskuren Entlassung des Generals Kießling auf. Hier ist noch alles im Dunkeln.

Im Hintergrund lauert offenbar der Großskandalmeister Strauß. Es ist zu fragen, welchem Hinter- oder Vordermann hier der politische Garaus gemacht werden soll. Intrigierte Wörner gegen seinen General oder wurde Wörner hereingelegt, um ihn selbst ablösen zu können? Bekannt sind enge Verbindungen des Generals sowohl zu seinem Minister als auch zu Strauß. Mit beider Hilfe wollte er 1982 Generalinspekteur werden.

Nervte Kießling den NATO-Oberbefehlshaber Rogers mit der Forderung einer stärkeren Berücksichtigung europäischer Interessen in der Spielart Strauß? Haben die amerikanischen Geheimdienste ein Komplott inszeniert? Sie neigen immerhin zu dubiosen Operationen und die Reagan-Administration hat ihnen wieder freie Hand für ihre bösen Spiele gegeben.

Minister Wörner sollte vorsichtig sein, sonst provoziert er ungute Erinnerungen an zugegebene andere Zeiten: Mit der "Blomberg-Fritsch-Affäre", mit fingierten Berichten über nicht standesgemäße sexuelle Beziehungen ausgelöst - und einem Doppelgänger -, erlangte der deutsche Faschismus den direkten Zugriff auf die Reichswehr. Wehe dem, der Böses dabei denkt?



Cui Bono? Diese Frage kann noch nicht beantwortet werden, aber die Tatsache, daß sie überhaupt gestellt werden muß, und die sonstigen Ingredienzien dieser halbseidenen Staatsaktion um die Wäsche eines Generals, erlauben Demokraten einige Rückschlüsse auf die Marschrichtung der geistig-moralischen Erneuerer: sie wollen zurück in einen Staat der demokratischen, sexuellen und Informations-Eunuchen.

Minister Wörner exekutierte die Entlassung des Generals diesem und der Öffentlichkeit gegenüber in der Manier eines absolutistischen Herrschers. Unsere Konservativen betonen den Wert des deutschen klassischen Literaturkanons für unsere Schulen. Herr Wörner sollte weniger Geheimdienstdossiers und mehr Lessing lesen. Würde er sich in Hettore Gonzaga, seinen General in Major Teilheim wiedererkennen?

Und man weiß jetzt, wie die christdemokratischen Beteuerungen, mit denen sie ihre Erklärungen, daß wir modernste Informations- und Kommunikationstechnologien benötigen, garnieren, zu bewerten sind. Ihre Informationspolitik in dieser Affäre belegt exemplarisch, daß sie nicht mehr, sondern weniger Information wollen. Sie wollen zwar modernste Informationstechniken, aber sie wollen dies nicht mit Fortschritten der Informationspolitik verbinden, sie wollen weiterhin professionelle Täuscher und Vernebler bleiben.

Mehr Transparenz der Regierten, nicht der Regierer ist ihr Ziel. Dies öffnete endgültig den Weg zur Kontrolle und zur Sanktionierung auch intimster Verhaltensweisen - was die Konservativen schon immer praktizieren und was sie in dieser Affäre wieder einmal unter Beweis stellen. Die Regierer könnten dann ihr verbogenes Verhältnis zur Sexualität, die wir ihnen ja gerne zugestehen wollen, zur (dritten!) Staatsräson und zum Maßstab für alle Bürgerinnen und Bürger erheben. Die Psychoanalyse formulierte, daß der Grad sexueller Liberalität auf das Maß politischer Liberalität schließen läßt.

Kommen wir damit zum Kern der Affäre, dem Vorwurf der Homosexualität und der damit begründeten Unterstellung, der General sei erpreßbar und zum Sicherheitsrisiko geworden. Abgesehen von allen anderen Erscheinungen dieses Falles ist dies schon allein ein Skandal, wenn man davon ausginge, daß der Vorwurf stimmt. Ein Skandal im Skandal.

Wird hier Sonderrecht für die Bundeswehr geschaffen? Diese Form sexuellen Verhaltens ist bei Beachtung bestimmter Regeln nicht mehr strafbar. Wie bewertet der Herr Minister und seine Generale promiskuitives heterosexuelles Verhalten eines Offizierskollegen, wird dieser auch zum Sicherheitsrisiko oder bleibt er Kasinoheld? Daß erst die verstockte Sexualmoral der Beteiligten, die Tabuisierung sexueller Verhaltensweisen, den Boden für die Erpreßbarkeit eines Betroffenen bereitet, ist die Ironie dieser Geschichte.

Wie weiter mit Minister Wörner? Er hat das Vertrauen der Bundeswehr in die politische Führung schwer erschüttert. Für das politische System der Bundesrepublik ist eine solche Krise nur schwer verdaubar.

Er ist nicht führungsfähig. Er fällt auf Drei-Groschen-Geschichten herein. Wie wird er in existenziellen Fragen entscheiden, kann er kühlen Kopf bewahren?

(-/19.1.1984/ks/rs)

+ + +



Soldaten materiell besser stellen

Die Erhöhung des Wehrsoldes ist ein Beitrag zu mehr Wehrgerechtigkeit

Von Peter Würtz MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Deutsche Bundestag wird sich am 19. Januar 1984 in erster Lesung mit dem von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag am 6. Dezember 1983 eingebrachten Entwurf eines elften Gesetzes zur Änderung des Wehrsoldgesetzes beschäftigen.

Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, mit Wirkung vom 1. Januar 1984 die Erhöhung der Wehrsold-Tagessätze in allen Dienstgradgruppen um eine DM, die Erhöhung der besonderen Zuwendung um 30 DM auf 300 DM und die Erhöhung des Entlassungsgeldes um fünf DM auf 75 DM bei Ledigen und auf 85 DM bei Verheirateten gesetzlich zu regeln.

Die SPD-Fraktion hat mit diesem Gesetzentwurf die Konsequenz aus dem Verhalten der CDU/CSU/FDP-Regierungsparteien während der Verhandlungen über den Haushaltsentwurf 1984 gezogen.

Die SPD hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien im Verteidigungsausschuß und im Haushaltsausschuß die Erhöhung des Wehrsoldes zum 1. Januar 1984 beantragt und dafür auch angemessene Deckungsvorschläge vorgelegt. Der Antrag der SPD wurde in beiden Ausschüssen abgelehnt mit der Begründung, die dafür benötigten circa 120 Millionen DM seien im Haushaltsjahr 1984 nicht zusätzlich aufzubringen. In bewegten Worten versuchte Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner am 7. Dezember 1983 im Bundestag Verständnis dafür zu finden: "Wir alle sind der Meinung, daß es die Wehrpflichtigen verdient hätten. Aber wir müßen so vielen Gruppen unserer Bevölkerung Opfer zu, und hier hätten wir 120 Millionen DM ausgeben müssen." Der CDU-Kollege Willi Weiskirch hatte am 5. Dezember 1983 schon kräftig in die gleiche Kerbe gehauen: "Die Opposition, deren zerrüttete Finanzen die christlich-liberale Koalition erst einmal wieder in Ordnung bringen muß, kann sich da natürlich gut und bequem mit unrealistischen Optimalforderungen hervortun."

Die SPD hält demgegenüber ihre Forderung für sehr realistisch und hat sie deshalb nun in Form eines Gesetzentwurfes erneut in die parlamentarische Arbeit eingebracht! Sie kann dabei auch darauf verweisen, daß am 18. Januar 1984 der Haushaltsdirektor im Haushaltsausschuß zugeben mußte, daß das Verteidigungsministerium etwa 20 Millionen DM bewilligte Personalverstärkungsmittel schon für 1983 vom Finanzministerium nicht abgerufen hat. Die SPD weiß sich schließlich in Übereinstimmung mit allen Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden, dem Deutschen Bundeswehr-Verband, der Gewerkschaft ÖTV, der "Aktion Kaserne" und vielen Parteigremien, auch der Regierungsparteien.

So forderte die Junge Union am 7. Dezember 1983 die Erhöhung des Wehrsoldes ab 1. Januar 1984, die Jungen Liberalen forderten sie am 7. Dezember 1983 und am 10. Januar 1984; der Wehrpolitische Arbeitskreis der CSU, Kreisverband Ostallgäu, forderte sie mit Schreiben vom 19. Dezember 1983 an den SPD-Fraktionsvorsitzenden!



Der FDP-Parteitag hatte sich am 19./20. November 1983 für eine Erhöhung des Wehresoldes noch in 1984 ausgesprochen und selbst der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung fühlte sich am 10. Dezember 1983 vor Wehrpflichtigen auf einer Soldatenkonferenz der Jungen Union Bayerns nicht mehr an die Regierungsbeschlüsse gebunden und forderte seinerseits die Erhöhung des Wehresoldes "nicht erst 1985"!

Die jetzigen Regierungspolitiker mußten erleben, daß sich die Betroffenen sehr wohl noch an die Worte der damaligen Oppositionspolitiker anlässlich der letzten Wehresold-Erhöhung von 1981 erinnerten, in denen diese die damalige Maßnahme als "zu spät kommend" und "der Preisentwicklung nicht Rechnung tragend" bezeichnet hatten. Und trotzdem spricht der Kollege Willi Weiskirch von "unrealistischen Optimalforderungen" der SPD!

Die einzig realistische Lagebeurteilung kam und kommt in dieser Frage von Seiten der SPD-Fraktion. Ihre Mitglieder erinnerten sich der Debatte von 1981 und haben in der Kontinuität ihrer damaligen Aussagen die Anpassung des Wehresoldes als zum 1. Januar 1984 fällige Maßnahme gefordert.

Die SPD hat in den 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung durch die Wehresold-Erhöhungen in den Jahren 1971, 1972, 1974, 1978 und 1981 einen realistischen und durchaus ansehnlichen Beitrag zu mehr Wehrgerechtigkeit durch diese notwendige materielle Besserstellung der Wehrpflichtigen und Zivildienst-Leistenden geleistet.

Die CDU/CSU hingegen erweckt mit ihren neuerlichen Forderungen nach mehr Wehrgerechtigkeit durch eine "Wehrsteuer" für Nichtdienende beziehungsweise durch Schaffung von Steuernachlaß oder Gewährung von zinslosen Darlehen für Dienende erneut Hoffnungen, die sie nicht erfüllen kann, und das knapp zwei Jahre bevor sich das Problem Wehrgerechtigkeit durch die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Bundeswehr von selbst löst.

(-/19.1.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Westeuropäische Parlamentarier appellieren an US-Kollegen:

Kein Geld für CIA-Aktion gegen Nicaragua !

572 Politiker aus 13 westeuropäischen Staaten haben sich in diesen Tagen in einem gemeinsamen Brief an die Abgeordneten des US-Kongresses mit der Aufforderung gewandt, gegen die Unterstützung der US-Administration für den verdeckten Krieg und wirtschaftliche Aktionen gegen Nicaragua vorzugehen. Aus der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten 74 Politiker der SPD das Schreiben. Die Politiker, unter ihnen Joop den Uyl und Ien van den Heuvel (PvdA, Niederlande), Pierre Joxe (PS, Frankreich), Anker Jørgensen (Socialdemokratiet, Dänemark), Enrico Berlinguer (PCI, Italien), Karel van Miert (Socialistische Partij, Belgien), Fritz Marsch und Peter Jankowitsch (SPÖ, Österreich), Friedrich Peter und Walter Grabher-Meyer (FPÖ, Österreich), Judith Hart (Labour Party, England), sowie Katharina Focke, Wolfgang Roth, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine (SPD), weisen darauf hin, daß die Unterstützung der US-Administration für einen Krieg gegen Nicaragua nicht nur das Leben der nicaraguanischen Bevölkerung und die Zukunft des Landes selbst bedroht, sondern auch die Versuche vieler westeuropäischer Länder, Nicaragua durch Entwicklungshilfe zu helfen, untergräbt.

Die Politiker appellieren an den US-Kongreß, die Gewährung weiterer Mittel für CIA-Aktionen gegen Nicaragua zu verhindern, den Abbau der militärischen Präsenz der USA in Zentral-Amerika zu verlangen und eine Verhandlungslösung auf der Basis der Vorschläge der Contadora-Gruppe und der nicaraguanischen Regierung zu unterstützen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Im Juli dieses Jahres schrieb Ihnen eine größere Anzahl westeuropäischer Parlamentarier und Politiker und drückte ihre tiefe Besorgnis aus über die Maßnahmen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Feindseligkeit gegenüber Nicaragua seitens der USA. Wir bitten Sie dringend darum, das Recht Nicaraguas, über seine eigene Zukunft zu entscheiden, anzuerkennen und die militärische und politische Konfrontation in der Region zu beenden.

Seit unserem letzten Schreiben hat das Repräsentantenhaus zweimal gegen eine Unterstützung der CIA für ihre verdeckten Aktionen gegen Nicaragua gestimmt, was wir aufrechtig gutheißen. Der Kampf der US-Administration gegen Nicaragua aber hat eskaliert: Verhandlungsangebote der nicaraguanischen Regierung wurden zurückgewiesen, die Bemühungen, Nicaragua wirtschaftlich und politisch zu isolieren, sind intensiviert worden, und militärische Angriffe auf Nicaragua haben zugenommen.



Angesichts jüngster Ereignisse in der Karibik ist unsere Sorge um die Erhaltung des Völkerrechts gewachsen. Wir meinen, daß die Versuche, Ereignisse in der Dritten Welt zum Gegenstand des Ost-West-Konflikts zu machen, besonders in Mittel-Amerika, große Gefahren bergen und nicht von den Tatsachen gedeckt sind.

Wir weisen erneut darauf hin, daß unserer Meinung nach die nicaraguanische Regierung von weiten Bevölkerungskreisen getragen wird, dies auf der Basis der Leistungen in den Bereichen Landreform, Gesundheit, Ausbildung und Grundrechte. Wir glauben, daß die für 1985 in Nicaragua geplanten Wahlen dem nicaraguanischen Volk die Gelegenheit geben werden, seine eigene Zukunft zu bestimmen. Die von Congreß und Administration zum Ausdruck gebrachte Sorge um die Demokratie in Nicaragua wird hinfällig durch den verdeckten Krieg und die wirtschaftlichen Aktionen der Administration gegen Nicaragua.

Die Unterstützung der US-Administration für einen Krieg gegen Nicaragua bedroht nicht nur das Leben der nicaraguanischen Bevölkerung und die Zukunft des Landes selbst, sondern untergräbt auch unsere Versuche, Nicaragua durch Entwicklungshilfe zu helfen. Die Brücken, Fabriken, Kooperativen, Ölanlagen, Geothermische Anlagen, Hafenanlagen, die unter anderem mit Entwicklungshilfemitteln aus Westeuropa erbaut wurden, sind von Saboteuren - wahrscheinlich vom CIA geleitet und finanziert - schwer beschädigt worden.

Daher richten wir den dringenden Appell an Sie:

- Eine Verhandlungslösung für die Probleme Central-Amerikas zu unterstützen, wie die Vorschläge der Contadora-Gruppe und der Nicaraguanischen Regierung, die neuerliche Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft gezeigt hat.
- Ihre Bemühungen gegen die Gewährung weiterer Mittel für CIA-Aktionen gegen Nicaragua fortzusetzen.
- Die Unterstützung der Kräfte, die Nicaragua von seinen Grenzen aus angreifen, zurückzuziehen.
- Die Benutzung anderer Länder in der Region als Platz für Truppenkonzentrationen, was eine latente und manifeste Bedrohung für Nicaragua darstellt, zu beenden.
- Sicherzustellen, daß Nicaragua durch die USA in den internationalen Finanzierungsinstitutionen, wie der Weltbank, nicht diskriminiert wird.
- Darauf hinzuwirken, daß sichergestellt wird, daß Nicaragua gemäß den selben Kriterien behandelt wird wie andere Entwicklungsländer in den Bereichen der Hilfe und des Handels.

(-/19.1.1984/ks/rs)

+ + +

